

Suchan, Karel

Article — Digitized Version

Das neue ökonomische System in der CSSR: Auf der Suche nach dem optimalen Verhältnis zwischen Plan und Markt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Suchan, Karel (1966) : Das neue ökonomische System in der CSSR: Auf der Suche nach dem optimalen Verhältnis zwischen Plan und Markt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 12, pp. 661-665

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133658>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das neue ökonomische System in der CSSR

Auf der Suche nach dem optimalen Verhältnis zwischen Plan und Markt

Dr. Karel Suchan, Prag

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkriege und nach der Verstaatlichung der Wirtschaft konnte man in der Tschechoslowakei eine sehr günstige Wirtschaftsentwicklung feststellen. Die Produktion stieg in den Nachkriegsjahren recht schnell an. Bereits im Jahre 1948 wurde der Produktionsstand der Vorkriegszeit erreicht; die Zuwachsraten der Industrieerzeugung beliefen sich in den Jahren 1950 bis 1952 noch auf 14 % bis 16 %.

Dieser rasche, überwiegend extensive, neue Arbeitskräfte und Investitionen erfordernde Weg des Wirtschaftswachstums war angesichts des kriegsbedingten Nachholbedarfs möglich und notwendig, da der Bedarf der Bevölkerung an vielen Konsumgütern zunächst nicht in ausreichendem Umfang befriedigt werden konnte und jede Produktionssteigerung daher ohne weiteres absetzbar war. Um den Bedarf auch nur annähernd decken zu können, mußte das Hauptaugenmerk der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf die quantitative Steigerung der Produktion gerichtet werden, was auch geschah.

UNZUREICHENDE PLANUNGSMETHODEN

Seit 1955 ergaben sich bei der weiteren Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft zunehmende Schwierigkeiten. Das Wachstum der Produktion und der Arbeitsproduktivität verlangsamte sich von Jahr zu Jahr. Es traten gleichzeitig Disproportionen auf, die insbesondere das Verhältnis von Rohstoffherzeugung zur verarbeitenden Industrie betrafen.

Man hatte angenommen, daß man es mit „Schwierigkeiten des Wachstums“ zu tun habe, die durch Verbesserung der Planung beseitigt werden könnten. Die getroffenen Maßnahmen entsprachen deshalb den damaligen theoretischen Vorstellungen über das Planungssystem einer sozialistischen Wirtschaft (d. h. der zentral-administrativen Planung). Man war fest davon überzeugt, daß die Aufgaben der Betriebe durch die zentral festgelegten Plankennziffern, die möglichst alle Stufen und Bereiche der Produktion umfaßten, zu definieren seien. Deshalb hat man sich nicht so sehr Gedanken über die Änderungen der Planungsmethoden gemacht. Es wurde vielmehr versucht, die vorhandene Planungsmethode, z. B. durch größere Detailplanung und Aufstellung neuer Kennziffern, zu verbessern.

Der erste Versuch in den Jahren 1958/1959, gewisse marktwirtschaftliche Spielregeln einzuführen und die Eigeninitiative der Betriebe und der Werktätigen zu steigern, scheiterte kurz nach seiner Einführung. Der Grund dafür lag darin, daß diese ökonomischen Regeln keine selbständige Rolle spielen konnten, da sie dem zentral-administrativen Plan untergeordnet waren.

Erst die Anfang der 60er Jahre neu aufgetretenen Wirtschaftsschwierigkeiten, die Stagnation in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des National Einkommens haben die Notwendigkeit einer gründlichen Analyse mit sich gebracht. Die heftige, über zwei Jahre andauernde Diskussion, die auch in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen des Landes ihren Niederschlag fand, hatte zu der Erkenntnis geführt, daß die Ursachen der extensiven Wirtschaftsentwicklung und die mit ihr verbundenen Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Wirtschaft in der Art der bisherigen zentral-administrativen Lenkungsmethode zu suchen waren.

DER NEUE WEG: EINBAU DES MARKTMECHANISMUS

Nach vielen Vorarbeiten und Erwägungen hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Januar 1965 die Änderung der wirtschaftlichen Lenkungsmethoden beschlossen, die von da an schrittweise eingeführt werden sollen.

Es handelt sich diesmal nicht um eine bloße „Verbesserung“ der bestehenden Planungs- und Lenkungsmethoden, sondern um eine grundlegende Änderung in der Leitung der Wirtschaft. Die Vorstellung, daß man von oben herab die Produktion und ihre Bedingungen genau planen könne und müsse, gehört heute der Vergangenheit an.

Worin besteht der Wandel? Er besteht darin, daß die Planung von einer zentral-administrativen in eine ökonomische Planung der Hauptproportionen umgestaltet werden soll. Gleichzeitig aber wird ein breiter Raum für eine marktwirtschaftliche Regulierung der Wirtschaft geschaffen. Man versucht, ein wirtschaftliches Modell aufzustellen, in dem die zentrale, planmäßige Leitung der Wirtschaft mit den Funktionen des Marktmechanismus verbunden ist.

Es geht also nicht um eine Beseitigung der Planung bzw. um eine bloße Erneuerung der Marktfunktionen an Stelle des Planes. Vielmehr liegt das Problem darin, das optimale Verhältnis zwischen Plan und Markt zu finden. Die Wiederbelebung der Marktfunktionen steht nicht im Widerspruch zu der geforderten Planmäßigkeit der Wirtschaftsentwicklung; die richtige Ermittlung der zukünftigen Bedürfnisse ist jedoch ohne die Berücksichtigung der Marktverhältnisse nicht möglich. Ohne Marktdaten fehlen wichtige Voraussetzungen für die Aufstellung des optimalen Wirtschaftsplanes. Nur dann wird man von einer sinnvollen ökonomischen Planung sprechen können, wenn die effektive, langfristige Entwicklung der Wirtschaft in allen ihren Proportionen mit den Bedürfnissen des Marktes in Einklang stehen wird.

Eine solche Planung soll die makroökonomischen Vorstellungen über die Grundstruktur und das nötige Wachstum der Produktion, die Einkommensverteilung, die vorhersehbare wissenschaftlich-technische Entwicklung, die Investitionsquote, den mengenmäßigen und qualitativen Bedarf an Arbeitskräften — das alles in Einklang mit der zu erwartenden oder gewünschten Entwicklung der individuellen und kollektiven Bedürfnisse — festlegen.

Dieser zentral aufgestellte Gesamtplan wird also auf makroökonomischer Ebene erstellt und ist Richtschnur für die staatliche Wirtschaftspolitik. Er soll nicht durch administrative Auflagen in Form von Kennziffern, sondern durch wirtschaftspolitische Mittel wie Steuern, Kredite, Lohnpolitik und in beschränktem Umfang auch durch Dotationen und Subventionen durchgesetzt werden. Dieser Plan soll kein „Fetisch“ sein, der „koste es, was es wolle“ durchgesetzt werden soll, sondern der tatsächlichen Entwicklung kontinuierlich und elastisch angepaßt wird. Bei Erscheinen von neuen, früher nicht voraussehbaren Ereignissen und Möglichkeiten soll das Wirtschaftsgeschehen nicht dem Plan untergeordnet, vielmehr soll der Plan an neue Tatsachen und Möglichkeiten angepaßt werden.

Das größte Problem ist gegenwärtig nicht die Veränderung der Planungsmethoden, sondern die Einführung und das Wirksamwerdenlassen der Marktverhältnisse. Die Umstellung der Beziehungen zwischen Lieferanten und Abnehmern von der planmäßigen Verteilung der Güter zu einem freien Kauf und Verkauf ist von vielen Bedingungen abhängig. In diesem Zusammenhang soll hier von dem Problem der Preisbildung und den theoretischen Voraussetzungen des Systems der materiellen Interessiertheit gesprochen werden.

REFORM DES PREISSYSTEMS

Die Preise sind der Angelpunkt, an dem sich die Interessen der Erzeuger und Verbraucher begegnen. Sie sollen auf den Verkäufer und auf den Käufer solche

Wirkung ausüben, daß beide Seiten zu ökonomischen Schlußfolgerungen veranlaßt werden. Im zentral-administrativen Lenkungssystem waren die Preise eigentlich keine Preise im ökonomischen Sinn. Es waren administrativ aufgestellte Preise, die als Maßstab, als ein Instrument des Planes dienten. Sie blieben deshalb möglichst unbeweglich (wegen des Vergleichs mit planmäßigen Kennziffern, die etwas über das Tempo der Produktionssteigerung, Kostensenkung usw. aussagen sollten), so daß sie weder die richtige Entwicklung der Produktionskosten noch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage widerspiegelten.

Für ein ökonomisch rationales Preissystem muß daher jetzt erst einmal die Basis geschaffen werden. Die Preise müssen flexibel sein und

- die Entwicklung der Produktionskosten wiedergeben, d. h. sich gleichzeitig mit ihnen bewegen;
- zur ungefähr gleichen Rentabilität in Betrieben verschiedener Wirtschaftszweige führen, d. h. etwa einen gleichen Durchschnittsprofit sichern;
- die Marktverhältnisse deutlich werden lassen, d. h. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sichtbar machen.

Mit der Reform des Preissystems wird am 1. 1. 1967 begonnen werden. Zur Zeit werden, um eine Ausgangsbasis zu bekommen, neue Preise auf Basis der jetzigen Kosten und etwa gleicher Rentabilität ermittelt. Diese, dann ab 1. Januar 1967 geltenden Preise (Großhandelspreise) sollen sich in der nächsten Etappe nach den Marktverhältnissen, d. h. nach der Entwicklung von Angebot und Nachfrage verändern können. Diese Bewegung wird vorläufig vorwiegend vom Binnenmarkt bestimmt werden. Später wird sie auch vom Weltmarktpreisniveau beeinflußt werden müssen.

MATERIELLES INTERESSE UND INITIATIVE

Die ökonomischen Preise sind allerdings nicht das Ziel, sondern eine notwendige Bedingung, die Betriebe zu wirklichen Warenproduzenten zu erziehen, deren Interesse vor allem auf die Produktion hochwertiger und preiswerter Güter gerichtet ist. Die ab 1. Januar 1967 in der CSSR geltenden weiteren Maßnahmen sollen dazu dienen, ein neues Interessenklima der Betriebe zu erzeugen. Die materielle Interessiertheit und die Initiative der Menschen sollen nicht mehr auf die Erfüllung administrativ aufgestellter Plankennziffern, sondern auf die Effektivität der für den Markt erzeugten Produktion gerichtet sein. Die materielle Lage des Betriebes und damit auch der Werkstätigen soll letzten Endes davon abhängen, inwieweit sie gute, qualifizierte und gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten und das Ergebnis ihrer Arbeit — die geschaffenen Güter — auf dem Markt verwerten.

Die Leistung des Betriebes wird durch das sogenannte Bruttoeinkommen erfaßt und ausgewiesen. Das Bruttoeinkommen stellt die Summe des Gelderlöses der ver-

kaufte Ware nach Abzug der Materialkosten und der Abschreibungen (Amortisation) dar. Praktisch handelt es sich um den vom Betrieb neu geschaffenen Wert (Neuwert der Erzeugung). Die wirtschaftliche Lage des Betriebes wird daher nicht von Staatszuschüssen oder von der Planerfüllung, sondern von der Realisierung hoher Erlöse für gute Güter, die mit niedrigem Arbeitsaufwand erzeugt wurden, abhängig.

Vom Bruttoeinkommen wird der Betrieb einen festgesetzten Anteil in Form von Abgaben (oder Steuern) an den Staatshaushalt zahlen müssen. Neben der einheitlichen Abgabe vom Bruttoeinkommen wird der Betrieb eine zweite Abgabe auf die Höhe der investierten Produktionsmittel zu leisten haben.

Der verbleibende größte Teil des Bruttoeinkommens steht dem Betriebe zur Verfügung, und zwar zur Entlohnung der Arbeiter und Angestellten, zur Bildung eigenen Vermögens, zur Finanzierung des technischen Fortschritts, zur Rückzahlung der Kredite u. ä.

In diesem Zusammenhang wird zum 1. Januar 1967 auch die Finanzierung der Investitionen gegenüber dem bisherigen Verfahren abgeändert. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln der Betriebe und in großem Umfang aus Bankkrediten finanziert werden.

Bisher wurden die Investitionen der Betriebe aus dem Staatshaushalt finanziert. Die Betriebe erhielten die Investitionen praktisch „kostenlos“. Bei der Kreditfinanzierung der Investitionen werden durch Tilgungs- und Verzinsungspflicht ökonomische (also nicht administrative) Impulse geschaffen, die unnötige und wenig rentable Investitionen ausschließen sollen.

In Zukunft wird nicht mehr das Streben nach Erfüllung der Plankennziffern, sondern der wirtschaftliche Erfolg die Betriebstätigkeit beeinflussen.

Unter diesen Bedingungen muß der Betrieb alles tun, was ihm die höchste wirtschaftliche Effizienz verspricht. Wer das nicht tut, wer sich den Marktverhältnissen nicht oder nicht schnell genug anpaßt, muß in Kauf nehmen, daß er ein geringeres Einkommen erwirtschaftet als derjenige Betrieb, der besser zu wirtschaften wußte.

„MARKTWIRTSCHAFTLICHE“ AUSLESEPROZESSE

Die Betriebe müssen klar erkennen, daß sie im neuen System nicht auf Kosten der Gesellschaft existieren können. Ein Betrieb, der technologisch und kommerziell nicht auf der Höhe ist, der die Notwendigkeit intensiver Forschungs- und Entwicklungsarbeiten unterschätzt, der die marktgerechte Qualität der von ihm erzeugten Waren nicht zu sichern vermag, wird unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen seine Versäumnisse teuer bezahlen müssen.

Auf Grund der unterschiedlichen Leistungen der Betriebe und der einheitlichen Abgabensätze (Steuern) wird eine Differenzierung zwischen wirtschaftlich guten

und schlechten Betrieben möglich. Dieser Differenzierungsprozeß wird auch dazu führen, daß die unrentablen Betriebe ausscheiden. Dieser starke ökonomische Druck soll nicht generell durch staatliche Subventionen oder steuerliche Sonderbehandlung kompensiert werden. Wenn auch eine gewisse staatliche Unterstützung an einige Betriebe in der Übergangszeit notwendig sein wird, so wird sie doch nicht als eine dauerhafte, sondern als vorübergehende Hilfe betrachtet.

Wenn in den neuen Verhältnissen der Betrieb schlecht arbeitet, wenn er seine Reservefonds aufzehrt, wird sich diese Entwicklung zu einem gewissen Grade auch in den Verdiensten der Werk tätigen niederschlagen; denn solche Betriebe werden keine Prämienfonds schaffen können. Schließlich kann sich die wirtschaftliche Lage des Betriebes so weit verschlechtern, daß nicht einmal die Tariflöhne erwirtschaftet werden. In diesem Falle erhält der Betrieb für die Auszahlung der Grundlöhne einen Sonderkredit von der Bank. Ein solcher Kredit ist zugleich Signal dafür, daß der Betrieb auf eine neue gesunde wirtschaftliche Grundlage gestellt werden muß. In der Regel werden sich mehrere Varianten für das Eingreifen bzw. für die Beseitigung der unwirtschaftlichen Lage des Betriebes anbieten. Unter Umständen wird es möglich sein, die Stilllegung des Betriebes zu vermeiden und die Produktion auf neue, bessere und marktgängigere Erzeugnisse umzustellen. Oder man wird zu der Erkenntnis gelangen, daß das Management des Betriebes den gestellten Anforderungen nicht gewachsen war. Dann ist ein Wechsel in der Leitung des Unternehmens notwendig.

Die Differenzierung nach unterschiedlichen Leistungen muß schließlich auch bei der Entlohnung der einzelnen Werk tätigen wirksam werden. Die rationeller arbeitenden Betriebe werden ein schnelleres Steigen der Arbeitsverdienste ermöglichen; daneben muß eine „Denivellierung“ in der Entlohnung der Arbeit der einzelnen Werk tätigen angestrebt werden.

Diese Differenzierung in der Entlohnung der Arbeit soll das Interesse der Werk tätigen an einer hohen Arbeitsleistung wecken. Sie ist aber auch eine Voraussetzung für die notwendigen Wandlungen in der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte, die mit der zunehmenden Anwendung der technischen Fortschritte notwendig ist.

Das neue ökonomische System gewährt also eine ziemlich große Bewegungsfreiheit, zugleich aber verlangt es auch ein gewisses Maß an Verantwortung von den Betrieben und Werk tätigen. Diese größere Bewegungsfreiheit (und Verantwortung) wird nicht nur ermöglicht; sie wird ökonomisch erzwungen.

In diesem Zusammenhang ist auf besondere Bedingungen hinzuweisen, die der einzelne Betrieb in der Tschechoslowakei beachten muß und die in westlichen Ländern nicht gegeben sind: Die Betriebe unterstehen

Generaldirektionen, die für jeweils eine Industriebranche zuständig sind. Zur Zeit gibt es etwa 100 solcher Generaldirektionen.

Nach den jetzigen Vorstellungen sollen die Generaldirektionen zu Dachorganisationen (ähnlich wie Holdinggesellschaften) umgebildet werden. Sie sollen die Investitions- und Absatzpolitik einer Branche koordinieren und sich um verschiedene gemeinsame Aufgaben der Betriebe, wie etwa die wissenschaftlich-technische Forschung, die Marktforschung usw., kümmern.

In der Praxis wird es nicht immer leicht sein, die ideale Abgrenzung zwischen den Befugnissen der Generaldirektionen und der Betriebsleitungen zu finden. Die jetzt erarbeitete Abgrenzung sieht so aus, daß die Generaldirektionen sich nur mit den Fragen zu beschäftigen haben, die man „von oben“ für die ganze Branche besser beurteilen oder entscheiden kann. Das sind vor allem Fragen der Perspektive und der weiteren Entwicklung der Branche. Auf dem Gebiet der Erzeugung sowie in den laufenden wirtschaftlichen Fragen soll der Betrieb selbständig und ohne jegliche Weisungsbefugnisse der Generaldirektionen handeln können.

KONZENTRATION UND WETTBEWERB

Der Zusammenschluß der Betriebe einer Branche und die Leitung der Branche durch eine Generaldirektion wirft die Frage auf, wie es unter solchen Bedingungen mit der Konkurrenz bestellt sein wird. Ohne Zweifel werden durch diese einheitliche Führung der Betriebe die Monopoltendenzen verstärkt und wird die Möglichkeit der Konkurrenz eingeengt. Die Frage ist jedoch, ob in einer Wirtschaft mit einem so kleinen Binnenmarkt wie in der CSSR die Konkurrenz überhaupt in allen Bereichen der Wirtschaft entstehen kann. Für moderne, hochspezialisierte Großbetriebe ist der Markt von 15 Mill. Menschen vielfach zu klein. Im Zeitalter der Automation ist in der Regel nur die Massenproduktion rentabel und konkurrenzfähig. Dies gilt jedenfalls im Bereich der industriellen Fertigung, bei der Erzeugung von Automobilen, Turbinen und auch in den verschiedenen Zweigen der Leichtindustrie.

Es wäre ganz sicher nicht zweckmäßig, in der CSSR beispielsweise zwei Automobilfabriken aufzubauen, die dann untereinander konkurrieren. In solchen Fällen ist deshalb eine vollständige Zusammenfassung der Produktion und Leitung beabsichtigt. Das würde eine vollkommene Monopolisierung bedeuten, wenn nicht — wie vorgesehen — der Wettbewerbsdruck über den Außenhandel wirksam werden würde. Die Skodawerke werden beispielsweise nicht mit einem entsprechenden Betrieb in der CSSR konkurrieren, sondern über den Export und Import ausländischer Fabrikate die Qualität und Preise eigener Erzeugnisse durchzusetzen versuchen. Deshalb wurden auch gewisse Änderungen in der Organisation des Außenhandels vorgesehen (die Weltmarktpreise sollen Einfluß auf die Preise des Binnenmarktes haben, die Tätigkeit der

Außenhandelsgesellschaften soll unter handelsüblichen Gesichtspunkten erfolgen usw.).

Wenn die Produktionstechnik das Bestehen mehrerer Betriebe zuläßt, werden der Konkurrenz unter ihnen und den Wirkungen des Wettbewerbs im Rahmen bestimmter Ordnungsgrundsätze freie Bahn gelassen. Dies gilt besonders für die Leichtindustrie, innerhalb derer sich Konkurrenz im Rahmen der staatlichen Betriebe, der Genossenschaftsbetriebe und der örtlichen (kommunalen) Betriebe voll entfalten soll. Um diesen Zweck zu erreichen, wurden schon einige konkurrenzhemmende Faktoren, wie Kontingentierung der Rohstoffe, die regionalen Begrenzungen des Absatzes usw., beseitigt.

Wettbewerbsfördernde Maßnahmen wurden im Binnenhandel durchgeführt. Die Handelsorganisationen haben jetzt das Recht, sich selbst ihre Lieferanten auszusuchen und mit ihnen die Preise zu vereinbaren. Früher wurde das alles durch den Plan bestimmt. Soweit es die Zahlungsbilanzen zulassen, rechnet man mit größeren Möglichkeiten, die gewünschten Waren, die bei heimischen Lieferanten nicht zu bekommen sind oder für den Binnenhandel zu teuer oder in zu schlechter Qualität erzeugt werden, durch Importe aus anderen Ländern zu beschaffen. Diese Maßnahmen haben sich in letzter Zeit — vorläufig in kleinem Ausmaß — als ein wirksames Instrument erwiesen, wirtschaftlichen Druck auf die heimischen Produzenten auszuüben.

Für die größere Beweglichkeit der Handelsorganisationen werden noch weitere Voraussetzungen geschaffen und bestehende Schranken beseitigt werden müssen. So wird in Zukunft die Tätigkeit der Handelsbetriebe nicht auf eine bestimmte Region beschränkt sein. Die Handelsbetriebe (hauptsächlich die Verkaufshäuser, aber auch die Genossenschaftsläden) werden überall dort Filialen gründen können, wo dies ihnen wirtschaftlich erscheint. Die Produktionsbetriebe können ihre Waren verschiedenen Handelsorganisationen (staatlichen Handelsorganisationen oder genossenschaftlichen Läden) anbieten oder in einigen Branchen auch eigene Verkaufsläden errichten.

PROBLEME DER VERWIRKLICHUNG

Es können hier nicht alle Probleme erörtert werden, die mit der Einführung des neuen Leitungsmodells verbunden sind. Aber schon die angeführten Fragen und Lösungsversuche lassen eine Reihe von Schwierigkeiten erkennen. Eine Wirtschaft, die lange Zeit administrativ geleitet worden ist, muß durch viele zeitlich aufeinander abgestimmte Maßnahmen vorbereitet werden, um sie wieder an die Marktbedingungen heranzuführen.

Eine wichtige Aufgabe liegt in der Beseitigung der sachlichen Probleme, die das alte Leitungssystem als „Erbschaft“ hinterlassen hat: Es herrscht in einigen Produktionsgruppen ein Ungleichgewicht zwischen An-

gebot und Nachfrage; das alte Preissystem besteht noch; viele Betriebe werden sich mit der geringen Leistungskraft der „alten“ Investitionen auseinandersetzen müssen.

Die Lösung dieser Probleme ist nur langfristig möglich; sie setzt eine Veränderung im Warensortiment, eine Modernisierung der Betriebseinrichtungen usw. voraus. Eine tiefgehende Strukturänderung der Produktion kann man nicht mit einem Schlage, sondern nur nach und nach verwirklichen, wenn die Wirtschaft vor unverantwortlichen Risiken bewahrt werden soll.

Die Änderung des Leitungsstils und wirtschaftlichen Handelns wird nicht für jeden leicht sein. Die leitenden Kräfte und einzelne Sachbearbeiter der Betriebe waren bisher gewohnt, die Erfüllung der von oben genannten Plankennziffern durchzusetzen. Der Raum für die Eigeninitiative war ziemlich gering. Die Initiative wurde nur dann begrüßt, wenn sie zur besseren Verwirklichung der Plankennziffern geführt hat. Wenn die Initiative wirtschaftlich zwar sehr nützlich war, aber mit gewissen Plankennziffern in Widerspruch geriet, wurde sie als unerwünscht zurückgewiesen.

Das neue ökonomische System stellt auch ganz andere Forderungen an die in den einzelnen Abteilungen eines Betriebes arbeitenden Menschen. Die Führungsspitze soll und kann sich nicht mit untergeordneten Aufgaben befassen und den Betrieben in Detailfragen Richtlinien und Befehle geben. Die Weisungen der Führungsspitze sollen sich mehr auf die grundsätzlichen und langfristigen Aspekte des Betriebsgeschehens konzentrieren. Ihr Wille soll sich nicht allein durch administrative Weisungen oder Zwang, sondern auch mit ökonomischen Mitteln durchsetzen.

Die Angestellten in den Betrieben können also nicht mehr auf detaillierte Weisungen, Plankennziffern und dergleichen von oben warten. Sie müssen im Rahmen ihrer Verantwortung selbständig entscheiden und handeln. Sie müssen selbst die wirtschaftlichen und technischen Fragen beurteilen und daraus die erforderlichen Schlüsse ziehen können, d. h. sich für Sortimentsänderungen, Produktionsmodernisierungen, neue Investitionen usw. entscheiden.

In der Übergangszeit wird man noch damit rechnen müssen, daß die gewohnten Leitungsmethoden der letzten 15 Jahre und eine gewisse Beharrlichkeit im bisherigen ökonomischen Denken weiterbestehen werden. Immerhin werden Maßnahmen eingeführt, die einigen Menschen schwer verständlich erscheinen, insbesondere jenen, die die neuen Maßnahmen mit ihren alten Vorstellungen und Erfahrungen vergleichen. Deshalb wird man mit einem Zeitbedarf für die notwendige geistige Anpassung der Menschen rechnen müssen, die auch durch politische Aufklärungsarbeit unterstützt werden kann.

Der Mangel an Erfahrungen und die Notwendigkeit, besondere Risiken zu vermeiden, machen ein schritt-

weises Vorgehen und auch experimentelle Erprobungen einiger Teilmaßnahmen vor ihrer Verwirklichung erforderlich. Dieses schrittweise Vorgehen entspricht auch der Bedeutung der Aufgabe, neue Wege für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft zu suchen.

Die Fragen, die dabei zu lösen sind, sind nicht einfach. Es wird erstens ein optimales Verhältnis zwischen Plan und Markt unter den Bedingungen der sozialistischen Wirtschaft gefunden werden müssen, wobei im Sozialismus das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln eine spezifische Grundlage und Möglichkeit des gesellschaftlichen Planes ermöglicht. Es herrscht dabei die Überzeugung, daß die Grundproportionen der sozialistischen Wirtschaft zentral festgesetzt werden sollen, wobei ein großer Raum der Initiative der Betriebe als Warenerzeuger und auch der Werktätigen eingeräumt werden kann.

Die zweite wichtige Aufgabe ist, die Initiative der Menschen zu wecken und sie zum gesellschaftlichen Vorteil zu nutzen. Das neue Leitungsmodell rechnet damit, daß die Menschen aus materiellem Interesse handeln. Das materielle Interesse am Bruttoeinkommen soll bei den Betrieben und auch bei den Werktätigen das Interesse an guten wirtschaftlichen Leistungen des Betriebes hervorrufen. Und wirtschaftliche Erfolge kann man unter Marktverhältnissen nur dann erzielen, wenn der Betrieb gute, qualitätsmäßig hervorragende Ware produziert, wenn er sie billig und nach den Bedürfnissen des Verbrauchers (d. h. des Marktes) produziert.

Da das ganze System auf dem sozialistischen, gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel basiert, wird der materielle Anreiz zu guter und qualifizierter Arbeit nicht mit dem Interesse an Privateigentum, sondern mit dem Interesse an hohem Einkommen verbunden. Jeder Mensch muß wissen, daß er sich sein Geld nur durch die gute Arbeit verdienen kann und daß das neue System ihm dazu die Möglichkeiten gibt. Diese Anreize sollen zur Wiederbelebung der Initiative der Menschen führen, die Steigerung und bessere Ausnutzung der Qualifikationen fördern und dem technischen Fortschritt den Weg bereiten.

Das neue ökonomische System der Tschechoslowakei ist ein Projekt, das noch am Anfang seiner Verwirklichung steht. Im Laufe seiner Verwirklichung wird man die Hypothesen der Theorie mit der Praxis vergleichen müssen und die notwendigen Schlüsse aus der tatsächlichen Entwicklung der Wirtschaft zu ziehen haben. Auch wenn man gewisse Änderungen und Verbesserungen noch vornehmen müssen, so ist man doch jetzt schon davon überzeugt, daß eine Verbindung von Plan und Markt sowie die Nutzung der aus der materiellen Interessiertheit kommenden Impulse für das Handeln der Menschen die wichtigsten Bedingungen sind, unter denen sich die sozialistische tschechoslowakische Wirtschaft weiterentwickeln kann.